

Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung Johannesburg 26.8. bis 4.9. 2002

“We know the problems we know the solutions”

War dieses Gipfeltreffen, das Tausende von Menschen aus der ganzen Welt zusammen geführt hat, nun effektiv ein Schritt in Richtung Nachhaltigkeit für unseren Planeten oder nicht? Diese Frage muss man rückwirkend stellen, und es ist schwierig, darauf eine zufriedenstellende Antwort zu geben. Viele Kritiker – vor allem aus den Reihen der Nicht-Regierungs-Organisationen und der Zivilgesellschaft, die sich zum Ziel gesetzt haben, unserem Planeten und seinen Bewohnern eine dauerhaft bessere Entwicklung zu geben, kehrten teilweise frustriert aus Südafrika zurück.

Die Tatsache, dass zehn Jahre nach den ersten Gesprächen in Rio de Janeiro, einem vielversprechenden Dokument in Form der *Agenda 21* und hochgesteckten Zielen aus der *Déclaration du Millénaire*, sich die Vereinten Nationen wieder auf den Weg der Gespräche und Verhandlungen begaben, ist positiv hervorzuheben. Der Prozess ist nicht abgeschlossen, doch schon im Vorfeld machten verschiedene Treffen wie in Monterrey, Doha oder Bali deutlich, wie schwierig es sein würde, in Johannesburg zu einem Konsens zu gelangen. Dies trifft umso mehr zu, als die Welt von heute sicherlich nicht mehr dieselbe ist wie vor zehn Jahren in Rio und Themen wie die Globalisierung inzwischen einen viel größeren Einfluss auf internationale Entscheidungen haben, als mancher Idealist sich wünschen mag.

Der realen Not vieler unser Mitbewohner in den ärmsten Ländern der Welt und daraus resultierenden Forderungen vieler ONGs stand die Bereitschaft oder die Nicht-Bereitschaft verschiedener Nationen gegenüber, sich nachhaltige Entwicklung etwas kosten zu lassen. Im tiefsten Grund waren sich alle einig: Wir müssen die Notlage der Ärmsten dieser Welt verringern, ihnen Zugang zu sauberem Wasser ver-

schaffen, ihre medizinische Versorgung verbessern, ihnen Land zum Bebauen geben und den Verkauf ihrer Produkte ermöglichen. Doch an den Fragen des Welthandels und der Gefahr eigener finanzieller Einbußen – und dies vor allem bei Kernfragen wie der Energie – spalteten sich die Geister. Vor allem

die Tatsache, dass man keine konkreten Ziele mit verbindlichem Zeitrahmen, Umsetzungstrategien und konkreten Maßnahmen fand, macht deutlich, dass der Gipfel von Johannesburg weit hinter dem zurück geblieben ist, was er hätte sein können oder sein müssen.



In Johannesburg wurde sehr viel darüber gesprochen, dass die gemeinsame Verantwortung der Nationen differenziert von allen Beteiligten getragen werden muss und den lokalen Partnern, der Zivilbevölkerung und den Gemeinden, mehr Mitspracherechte und eine größere Freiheit zu geben seien. Dies setzt voraus, dass die Entscheidungen den Problemen und den Bedürfnissen dieser Menschen wirklich angepasst sein müssen. Die Umsetzung erweist sich in vielen Fällen auch deshalb als so schwierig, weil das nationale Recht vieler Länder den Erfordernissen nicht angepasst ist.

Und Johannesburg aus luxemburgischer Sicht? Die Entwicklungspolitik in Luxemburg mit 0,82% des BNP konnte sich in Johannesburg zeigen lassen, haben doch die meisten Länder dieses Ziel noch lange nicht erreicht. Aber in Fragen der Umweltpolitik bleiben auch unserem Land noch erhebliche Defizite aufzuholen, womit wir uns in den nächsten Jahren immer wieder beschäftigen müssen.

Es bleiben die Fragen: Machen solche Mammutveranstaltungen überhaupt Sinn? War Johannesburg nur ein Rückschlag? Beides kann man pauschal nicht entscheiden. Tatsache ist, dass der Prozess weitergeführt wird, es Menschen

und Nationen gibt, die sich zusammensetzten, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen und diese zu einigen Punkten auch schon gefunden haben. Die Völker erwarten nachhaltige und spürbare Unterstützung. Deshalb ist es wichtig, die zwischen Rio und Johannesburg entstandene Leere nicht wieder aufkommen zu lassen. Es ist Zeit, zu konkreten Aktionen überzugehen und strategische Partnerschaften mit allen Akteuren in Politik, Handel, Finanzwesen für konkrete Umsetzungen zu schaffen. UN-Generalsekretär Kofir Anan bestätigte dies in seiner Ansprache am 2. September in Johannesburg, indem er sagte, dass die Regierungen die notwendigen Schritte nicht allein tun können und die Zivilbevölkerung und der Privatsektor eine sehr wichtige Rolle bei der Umsetzung spielen. Hier sind laut Kofir Anan kleine Schritte nicht mehr genug, es muss mehr getan werden. Tony Blair meinte in seiner Ansprache zwei Stunden später: „We know the problems. We know the solutions. Let us have together the political will.“ Bedarf es also nur des politischen Willens, damit es zu konkreteren Entscheidungen und deren Umsetzung kommt?

Nein, wir tragen alle Verantwortung für diese Welt und müssen sie wahrnehmen. Das öffentliche Interesse am Gipfeltreffen von Johannesburg und seinen

zahlreichen ungeklärten Punkten rückt allmählich wieder in den Hintergrund. Die Medien gehen zu anderen Tagesordnungen über - und die eigenen Probleme stehen uns letztlich näher als die Wasserversorgung südlich der Sahara. Damit die oben erwähnte Leere nicht wieder entsteht, ist es notwendig, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen das Prinzip der Nachhaltigkeit eine Priorität behält. In Johannesburg haben mehrere Redner vorgeschlagen, Ministerien für nachhaltige Entwicklung in den einzelnen Ländern zu schaffen. Ob es sich dabei um Ministerien handeln muß, ist fraglich. Doch besteht kein Zweifel, dass ein Gremium, welches das Ziel der Nachhaltigkeit im Blickfeld behält, gut und wichtig wäre. Dieses Gremium sollte sowohl Regierungen wie zivile Organisationen in ihren Bemühungen unterstützen, sie immer wieder auf wesentliche Punkte verweisen und so das Bestreben zur nachhaltigen Entwicklung lebendig halten.

Dann werden Politiker in zehn Jahren sagen können: We knew the problems. We knew the solutions. We had all together the political will.“

Sr Véronique Weis

Die Autorin von der ONG "Eng open Hand fir Malawi" nahm für die Luxemburger ONGs an Johannesburger Gipfel teil

Nichts für die Armen - Nichts für das Klima

Der Weltgipfel in Johannesburg verpasste die historische Gelegenheit, rund 2 Milliarden Menschen ohne Zugang zu Elektrizität, moderne Energiequellen zur Verfügung zu stellen, eine Revolution erneuerbarer Energie einzuleiten und damit das Klima zu schützen.

Die USA, Saudi-Arabien, Japan, Kanada und Australien können sicher sein: Ihr Verhalten verteidigte einzig die Interessen der fossilen Energiekonzerne. Brasilien, Norwegen, die Schweiz, Island und einige EU-Mitglieder zeigten sich enttäuscht über das Resultat und bedauerten, keinen Schritt in der Energiefrage getan zu haben.

„Es wurden von den Regierungschefs im Plenum einige schöne Reden über die Notwendigkeit, das Klima zu schützen und die Armut zu bekämpfen, gehalten. Aber die Minister in den Verhandlungsräumen haben offensichtlich nicht richtig zugehört. Der Energieplan von Bush am Weltgipfel ist nicht einmal der Kohlenstoff des Papiers, auf dem das Abkommen steht, wert,“ sagte Jennifer Morgan vom WWF.

„Nach Jahren der Diskussion müssen wir feststellen, dass der Gipfel-Aktionsplan, was die Energieproblematik betrifft, keinen einzigen Schritt in die richtige Richtung aufweist. Wir haben die letzten anderthalb Jahre damit verbracht, Schadenskontrolle zu betreiben“, sagte Steve Sawyer von Greenpeace. „Wir müssen nun versuchen, mit einer Koalition der Länder, die den Menschen eine nachhaltige Energiezukunft sicherstellen wollen, einen Schritt nach vorne zu machen.“

„Ob wir das als eine verlorene Chance für saubere, gesündere Energiequellen oder als eine erhöhte Anfälligkeit des globalen Klimasystems betrachten wollen, Verlierer sind auf jeden Fall die Armen“, sagte Antonio Hill von Oxfam International.

Die Bestimmungen des Aktionsplans zu Energie werden nichts für die Versorgung der rund 2 Milliarden Menschen bewirken, die keinen Zugang zu modernen Energien haben. Sie formulieren keine Ziele und Zeitvorgaben, die den erneuerbaren Energien eine Zukunft geben, sie werden nichts dazu beitragen, die massiven Subventionen für die fossile Energieindustrie abzubauen, die weiterhin eine Dominanz der fossilen über die erneuerbaren Energien ermöglichen werden. Und sie wiederholen nur die Ergebnisse der Abkommen der vergangenen Jahre.

Mitgeteilt von Greenpeace, WWF und Oxfam International